



Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer
Juristinnen und Juristen (ASJ)
Unterbezirk Aachen, Düren, Heinsberg, Städteregion

Aachen, 25.03.2019

Stellungnahme zur EU-Urheberrechtsreform: Gegen Leistungsschutzrecht und Uploadfilter

Die ASJ Aachen, Düren, Heinsberg, Städteregion spricht sich gegen die geplante Reform des EU-Urheberrechts aus

Aachen. Die geplante *RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt* (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0593&from=EN>) enthält zwei Artikel, die zum einen ein Leistungsschutzrecht für digitale Inhalte von Presseverlagen vorsehen, zum anderen eine Verpflichtung zur Einführung sogenannter Upload-Filter.

Diese Teile der Richtlinie halten wir für falsch. Sie widersprechen den Realitäten der Internetnutzung und werden aller Voraussicht nach zu erheblichen Einschränkungen für die Nutzerinnen und Nutzer sozialer Netzwerke, Videoplattformen, Nachrichtendiensten und vielem mehr führen. Die beabsichtigte Einführung des Leistungsschutzrechts ist ebenso wirtschaftlich unnützlich wie rechtlich schädlich. Ein bereits 2013 in Deutschland eingeführtes Leistungsschutzrecht für Presseverleger gilt inzwischen als gescheitert, weil es deutlich höhere Kosten für Verlage auslöste, als es Einnahmen von Internetkonzernen generierte. Die als „Inhaltserkennungstechniken“ geschönten Uploadfilter gefährden die Meinungs- und Kunstfreiheit im Netz. Die anstehende Zensur bedeutet auch einen Paradigmenwechsel: Nämlich die technische Abkehr von der Unschuldsvermutung.

Dass es, entgegen der Vereinbarung des auf Bundesebene geschlossenen Koalitionsvertrags zwischen SPD und CDU/CSU, dennoch zu einer Unterstützung des Projekts durch konservative Kräfte gekommen ist, ist mehr als bedauerlich. Diese Befürworter der Reform haben in den letzten Tagen und Wochen eine beeindruckende Unkenntnis der Zusammenhänge an den Tag gelegt. Unterzeichner von Petitionen wurden als „Bots“, Demonstranten auf der Straße als „gekauft“ bezeichnet. Dass die Reform sich nicht auf Plattformen wie Wikipedia und Youtube auswirken würde, konnten auch die Wortführer im Europäischen Parlament nicht zusichern.

Es lohnt sich daher, gegen die geplanten Änderungen zu kämpfen. Wir sind froh, dass der SPD-Unterbezirk in der Städteregion Aachen bereits im vergangenen Sommer einem entsprechenden ASJ-Antrag angenommen hat. Die ASJ Aachen, Düren, Heinsberg, Städteregion unterstützt ausdrücklich Arndt Kohn, MdEP, der sich bei der kommenden Abstimmung ebenfalls gegen die Reform aussprechen wird.

Für den Vorstand

Tobias Römgens
Vorsitzender